

Die demokratische Bewältigung des Faschismus

Gedanken zur (Un-)Vereinbarkeit zweier Staatsprojekte

1. Antifa - und dann?

Faschisten werden bekämpft. Da wir aber nun einmal nicht im Faschismus leben, sondern in einer bürgerlichen Demokratie, drängt sich die Frage auf: Warum ausgerechnet Antifakampf? Um unsere Kritik an den gängigen Begründungen für die Notwendigkeit des antifaschistischen Engagements zu verdeutlichen, gehen wir im folgenden zunächst auf die herrschende demokratische Behandlung des Faschismus ein.

2. Demokraten erklären sich den Faschismus

Nazis, das wissen gute Demokraten, sind gefährlich, der Faschismus war ein Unrechtsstaat und Hitler ein Verbrecher. Zwar haben fast alle Deutschen beim Faschismus mitgemacht, aber mehrheitlich gegen ihren Willen und in der Unkenntnis der Greuelthaten, die sich da vollzogen. Von der Vernichtung der Juden haben sie erst nach dem Ende des Faschismus erfahren, und wie es zum Weltkrieg kam, bleibt offen, und dieser ist ebenfalls nur ein weiterer schwerer Stein auf dem Rücken der deutschen "Schicksalsgemeinschaft". Damit läßt sich dann aber auch schon der Erkenntnisgewinn über das, was den Faschismus ausmacht, zusammenfassen, so wie es in Schulbüchern, Reden von Politikern z.B. zum 20. Juli, oder auch von Teilen der Faschismusforschung dargestellt wird. Erkenntnisse jenseits von pauschalen Einordnungen wie „Unrechtsstaat“ sind auch gar nicht erwünscht, wenn von vorne herein feststeht, daß die eigene Stellung zum Staat eine grundsätzlich bejahende ist. Dennoch taugen alle genannten Argumente zur Bestimmung des Faschismus nicht und können widerlegt, als falsch oder verharmlosend erkannt werden.

Der NS-Staat war kein Unrechtsstaat, sondern ein Staat, der seine Handlungen gesetzesförmig vollzog. Hitler war ein Politiker, der mit seiner Partei den Kampf um die Macht gewann und danach den politischen Gegner eliminierte oder einband, um die eigene Politik, die des Faschismus, konsequent durchzusetzen. Die Deutschen unterstützten den Faschismus mehrheitlich, da sie sich von ihm die Tilgung der "Schmach von Versailles" versprachen und ein starkes Deutschland gegen den Bolschewismus wollten. Als Nationalisten erhofften sie sich von dem neuen deutschen Staat, dem der Nationalsozialisten, bessere Bedingungen für ihr eigenes

Vorankommen. Mit ihrem Antikommunismus führten die Nationalsozialisten das weiter, was in der Republik von Weimar als Bestimmung der „Feinde der Demokratie“ durchgesetzt war und auch heute noch als antitotalitärer Grundkonsens in der Verfassung der BRD eingeschrieben ist. Mit den Maßnahmen gegen die Juden, die auch schon vor Hitlers Amtsantritt als "Volksfeinde" auserkoren worden waren, weil sie das Vorankommen der deutschen Nation behindert und untergraben haben sollten, gingen die meisten Deutschen auch d'accord. Antisemitismus war und ist nun einmal keine Erfindung der Nazis, der eliminatorische Charakter und die konsequente Durchführung bleibt dagegen eine historische Besonderheit des Nationalsozialismus. Wer in den Jahren von 1933-1945 übersehen haben will, daß Juden dazu verpflichtet waren, einen gelben Stern auf der Brust zu tragen, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verschwanden und nach 1941 massenhaft zwangsdeportiert wurden, der muß auf dem Mond gelebt haben.¹ Mensch kann sich nun fragen, warum Demokraten das, was den Faschismus ausmacht, nicht richtig bestimmen. Worin liegt das widersprüchliche Verhältnis der Demokraten zum Faschismus begründet, wenn sie einerseits die Demokratie als staatsgewordene Verhinderungsstrategie gegen den Faschismus sehen und auf der anderen Seite ständig damit beschäftigt sind, den historischen zu bewältigen und vor einem neuen zu warnen? Dazu müssen die Konzepte, die Demokraten entwickeln, um sich den Faschismus zu erklären, genauer betrachtet und vor allem die Gemeinsamkeiten von Demokratie und Faschismus herausgestellt werden.

3. Demokratische Gegenkonzepte

Demokraten fällt es häufig schwer, die passenden Argumente gegen den Faschismus zu finden. Doch eines wissen sie genau, denn das hat mensch gelernt, daß der Faschismus das Gegenteil von Demokratie ist und die beiden so unvereinbar sind wie böse und gut. Daraus leitet sich dann ohne größere Denkanstrengungen die von fast allen verinnerlichte Faustformel ab: Die Demokratie ist ein Bollwerk gegen den Faschismus!

Seltsamerweise ist ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Hitler-Faschismus das Gespenst noch immer nicht besiegt, sondern kommt immer wieder als demokratische Partei in Form von DVU oder NPD an die Oberfläche des demokratischen Alltags,

¹ Die Urteile der Demokraten über den Faschismus und die jeweiligen Richtigstellungen konnten hier nur angerissen werden. Wer Genaueres wissen will, sei auf die Literaturliste am Ende des Textes verwiesen.

brandschatzt und mordet Flüchtlinge oder zerstört jüdische Einrichtungen und Friedhöfe.

Die Frage, wie das sein kann, liegt nah und wird von demokratischer Seite auch beantwortet. Da werden mal die steigenden Arbeitslosenzahlen und fehlenden Ausbildungsplätze ins Feld geführt, die Angst der Deutschen vor "Überfremdung", die steigende Gefahr des Verlusts der nationalen Souveränität durch die Europäische Union, oder die sogenannten Modernisierungsverlierer in Ostdeutschland. Die demokratischen Parteien wissen in solch schweren Zeiten sofort, was zu tun ist und folgen ihrem "Auftrag", die WählerInnen zu "integrieren", die sich da anschicken, faschistischen Rattenfängern hinterherzulaufen. Das ist dann das, was von Politikwissenschaftlern, den Medien oder auch Linken gern als Rechtsruck in der Gesellschaft oder als Faschisierung der demokratischen Verhältnisse bezeichnet wird. All das (wie übrigens auch das Abschieben von Flüchtlingen, das Führen von Kriegen und prügelnde Polizisten) ist aber noch kein Anzeichen für einen kommenden Faschismus, sondern der Alltag in der bürgerlichen Demokratie, in der sich die Demokraten als bessere Herrschaftsalternative sehen und darum kämpfen, auch weiterhin mit ihren Parteien die Geschicke der Nation zu führen. In diesem Zusammenhang treten die Faschisten als Konkurrenten um die Macht auf. Beide Seiten streiten demnach um ein und das selbe, haben somit eine Gemeinsamkeit: den Nationalismus.

4. Was ist Nationalismus?

Die Frage nach dem Nationalismus ist die Frage nach einem bestimmten Verhältnis zwischen dem Bürger und „seiner“ Nation, und zwar nicht nach dem objektiven (also unabhängig von seiner Ansicht zur Nation existenten), sondern nach dem subjektiven Verhältnis: Es geht um eine **Haltung** zur Nation.

Demokraten wie Faschisten sehen im Staat das Mittel für ihr persönliches Vorankommen. Tatsache ist aber, daß gerade der Staat die Verhältnisse einrichtet (die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung), unter denen die Individuen sich ständig in ihren Interessen beschnitten sehen. Wieso das so ist, soll nun erklärt werden.

Der Staat setzt die in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Konkurrenz über die Errichtung des Gewaltmonopols in die Welt: Er gewährt seinen Mitgliedern **Freiheit**, d.h. jeder darf für sich dem eigenen Interesse gemäß handeln, soweit er damit nicht die Rechte anderer verletzt. Dieses Prinzip wird ergänzt durch das der **Gleichheit**: Der Staat sieht in der

Behandlung seiner Bürger von all ihren natürlichen oder gesellschaftlichen Besonderheiten ab. Er setzt als die politische Institution der kapitalistischen Gesellschaft allen Gesellschaftsmitgliedern die gleichen Bedingungen für ihre Bemühungen um ihr persönliches Vorankommen. Mittel der Konkurrenten zur Verfolgung ihrer Interessen ist ihr **Privateigentum**. Da dieses ungleich verteilt ist, schreibt der Staat mit der Garantie des Eigentums die Ungleichheit der Mittel fest.

Aufgrund der systematisch widerstreitenden Interessen der Privatpersonen bedarf es einer Instanz, die die Bürger dazu verpflichtet, in ihrer Konkurrenz Beschränkungen zu respektieren, da sich sonst die Gesellschaft auflösen und ein Zustand aller gegen alle eintreten würde. Diese Instanz ist der Staat. Dieser ist eben deswegen, weil er Grund und Zweck in der kapitalistischen Gesellschaft hat, gegenüber dieser eine selbständige Einrichtung. Er setzt die Regeln, unter denen Konkurrenz stattfindet, ohne selbst Konkurrent zu sein.

Für den Privatmenschen ist die Einrichtung des Staates zwar Bedingung für die Verfolgung seiner Interessen, gleichzeitig ist es aber der Staat, der ihm dabei Regeln aufherrscht und seine Möglichkeiten damit beschneidet. Um den Staat zu wollen, muß der Staatsbürger also von den eigenen Sonderinteressen absehen. Der Staat ist in diesem Sinne ein gemeinsames Anliegen aller Bürger: sie *wollen* anerkannte Staatsbürger sein, weil sie es wegen ihrer ökonomischen Interessen sein *müssen*.

Wenn nun der Staat als erster und oberster Garant für das Wohlergehen seiner Bevölkerung gilt, so folgt daraus, daß der Staat von Leuten geführt werden muß, die dem Staat - und für Nationalisten damit automatisch auch dem Staatsvolk² - gegenüber unbedingt loyal sind (ihr Privatinteresse darf in dieser Funktion nicht gelten; sie sind Staatsdiener und nicht Privatpersonen). Zweitens folgt daraus, daß der Staat Loyalität von seinen Bürgern verlangen kann und daß er nach innen und außen stark sein muß, um sich gegen Widrigkeiten durchsetzen zu können.

Führung, Volk und Staatswesen sollen eine Einheit bilden. An dieser Einheit, dem „Großen Ganzen“, mißt in der Folge sowohl die Führung ihr Volk als auch umgekehrt. Das kann z.B. bedeuten, daß die Regierung im Volk einige Schlawiner entdeckt, die sich in der sozialen Hängematte ausruhen, und das zu unterbinden versucht (mittels Arbeitszwang für SozialhilfeempfängerInnen o.ä.). Umgekehrt kritisiert das Volk Hand in Hand mit den Medien „die da oben“, die nur ihre eigenen Pfründe sichern wollen, baut damit öffentlichen

² Der Staat definiert durch einen gewaltsamen Akt (ob das nun auf der „Grundlage“ von Blut, Boden, gemeinsamen Tänzen oder sonstwas geschieht...), wer dazu gehört und wer nicht, also wer als Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet und wer nur auf Zeit geduldet oder rausgeschmissen wird.

Druck auf und will dann bei der nächsten Wahl der Regierung einen Denktzettel verpassen und eine Oppositionspartei wählen.

Indem nationalistisch denkende Bürger die Durchsetzung des nationalen Interesses, das der Staat verfolgt, für eine positive Bedingung des eigenen Vorankommens halten, betrachten sie das eigene Interesse als von den Interessen der Nation abhängig oder identifizieren ihre Interessen mit denen der Nation.

Diese Identifikation rührt aus dem Versuch her, unter den gegebenen Verhältnissen zurechtzukommen, und der Einsicht in die Notwendigkeit des Staates dabei. In der Folge wird der Staat als Sachwalter der eigenen Interessen gesehen. Diese unterliegen jedoch in der bürgerlichen Gesellschaft permanenten Beschränkungen. Der Nationalist macht als Grund dafür staatliche „Fehlleistungen“ aus und wird zum eifrigen Befürworter einer „gerechteren“ und härteren Herrschaft, die die Beschränkungen „besser“ verteilt. Als Alternative zu den demokratischen Parteien bieten sich ihm dabei die Faschisten an, die eine eigene Sorte von Kritik an der Demokratie formulieren.

5. Faschistische Kritik an der Demokratie

Faschisten wie Demokraten eint der Wille zur staatlichen Herrschaft. Was sie allerdings trennt, sind die Mittel, die sie dafür verwenden (wollen): Demokraten stehen zu den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, die daraus resultierenden Interessenbeschränkungen führen sie auf eine „falsche“ Politik der Regierung zurück. Jede Partei hat ihr eigenes Programm, wie der Laden am besten zu führen wäre. Faschisten gehen da etwas radikaler heran. Während der Demokrat nach Gründen sucht, wieso der nationale Erfolg ausbleibt, steht für den Faschisten von vornherein eines fest: Die deutsche Nation hat ein *Recht* auf Erfolg. Bleibt der aus, kann etwas mit der Einheit von Führung, Volk und Staatswesen nicht stimmen. Es müssen fremdartige Elemente sein, die da ihr Unwesen treiben, denn das deutsche Volk ist über jede Kritik erhaben (auf das ist man schließlich stolz). Wenn also der deutsche Arbeiter, fleißig und treu wie er nun mal ist, auf keinen grünen Zweig kommt, liegt das für den Faschisten z.B. an den Ausländern, die deutsche Arbeitsplätze wegnehmen. Während Liberale z.B. konstatieren, daß die ökonomischen Rahmenbedingungen schlecht sind, so daß der Erfolg erst mal ausbleibt und in der Konsequenz die Arbeit in diesem Lande billiger werden muß, ziehen Faschisten andere Schlüsse: Sie sehen überall in der Gesellschaft egoistische Sonderinteressen wirken, die die Verpflichtung auf das Vaterland vermissen lassen (z.B. Gewerkschaften mit überzogenen Forderungen, „raffendes“ Finanzkapital usw.). Das, was in der Marktwirtschaft als freies Spiel der Kräfte gelobt wird, wird von den

Faschisten also als Pflichtvergessenheit angeprangert. Die Trennung in Privatsubjekte auf ökonomischem und Staatsbürgern auf politisch-öffentlichem Gebiet soll aufgehoben werden und an ihre Stelle der allumfassende Einsatz für Volk und Vaterland treten.

Aus dieser Diagnose folgen dann die Lösungsideen, wie sie z.B. die Nationalsozialisten durchgesetzt haben: Die Einheit von Führung, Volk und Staatswesen wird dadurch hergestellt, daß zunächst das Parlament als „Quasselbude“ abgeschafft wird. An seine Stelle tritt der Führer, der durch die so gewonnene Handlungsfreiheit mal richtig durchgreifen und für Ruhe und Ordnung sorgen soll. Gesellschaftliche Institutionen werden gleichgeschaltet, damit ihre „egoistischen“ Interessen nicht das Volkswohl beeinträchtigen, und „undeutsche“ Elemente wie die Juden, denen qua Geburt das Wohl der Nation nicht am Herzen liegen können soll, werden eliminiert.

6. Was bleibt?

Wenn Antifas nicht den gleichen Fehler machen wollen wie die Demokraten, deren Antifaschismus in einer einzigen Lobhudelei auf die Demokratie besteht, dann müssen sie es vermeiden, diese demokratischen Maßstäbe an den Faschismus heranzutragen. Tun sie dies doch, wird nicht mehr die bürgerliche Gesellschaft in ihrem Normalzustand kritisiert, sondern erst ihre Extremform, der Faschismus. Alles, was die Menschen in dieser Gesellschaft an Schaden erfahren, ist auf dieser Grundlage nur dann und nur insoweit von Interesse, als damit ein Indiz für das permanente Rutschen von Staat und Bevölkerung nach rechts verbunden sein soll. Ob es nun der „Bullenstaat“ ist, die Abschiebepolitik der Bundesregierung oder Repressionen gegen Linke: erst die angeblichen Parallelen zum Faschismus sollen Anlaß zur Kritik geben. Damit wird automatisch dieser Gesellschaft ein Lob ausgestellt: sie muß nur zusehen, daß ihre Mitglieder nicht „nach rechts rutschen“.

Antifas kämpfen in erster Linie gegen Nazistrukturen und Faschisierungstendenzen. Die Demokratie wird dahingehend kritisiert, daß sie zum Faschismus werden *kann*, also „Brutstätte“ des Faschismus ist. Ihr Normalzustand mit all seinen Härten, der überhaupt nichts Faschistisches beinhalten muß, kommt dabei ungeschoren davon.

Literaturhinweise:

- Der bürgerliche Staat. Reader zum autonomen Seminar von Gruppe 3 und [a:ka] an der Uni Göttingen, Frühjahr 1999.
- Resultate Nr. 3: Der bürgerliche Staat. München, o. J.

- Konrad Hecker: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung. GegenStandpunkt Verlag, München 1996.
- Rolf Gutte und Freerk Huisken: Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht. Edition Ost, Berlin 1997.

Alle Texte sind erhältlich über:

gruppe 3

c/o Buchladen Rote Straße

Nikolaikirchhof 7

37073 Göttingen